

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich zweimal, 4 Mal wöchentlich, monatlich 22 Mal, bei vollständiger Abnahme 1,20 Mark, einzeln 10 Pfennig. Einzelnummern 10 Pfennig. Die Adressen, untere Adressen u. Geschäftsstellen sind im 10. Heft des Jahrgangs angegeben. Der Preis für den Abnehmer beträgt 10 Pfennig. Der Preis für den Abnehmer beträgt 10 Pfennig. Der Preis für den Abnehmer beträgt 10 Pfennig.



Abdruckrechte vorbehalten. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Drucklegung nicht verantwortlich. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. Bei Konstant und Zwangsvergleich erfolgt jeder Anspruch auf Nachzahlung.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Rössen sowie des Forstrentamts Tharandt.

Nr. 295 — 95. Jahrgang — Drahtschrift: „Tageblatt“ — Wilsdruff-Dresden — Postfach: Dresden 2640 — Freitag, den 18. Dezember 1936

Bemerkungen zum Tage

Jugend im Dienste des WGH.
„Einer für alle, alle für einen“ — ein Wort, das für jeden Deutschen verpflichtend ist. Denn das ist wahrer Nationalsozialismus, wenn einer für den anderen einsteht, und zwar mit der Lat. Je früher der deutsche Mensch den Sinn dieses Satzes verstehen lernt, um so tatkräftiger wird er zupacken. Und unsere Jugend soll in diesem Grundsatze des gegenseitigen Helfens und der Zusammengehörigkeit erzogen werden. In der HJ, und im WGH, werden die deutschen Jungen und Mädchen mit den Begriffen der lebendigen Volksgemeinschaft vertraut gemacht. Hier sind sie nur Deutsche, denn die Jugendberziehung im nationalsozialistischen Staate gliedert die jungen Menschen nicht nach Rang und Stand der Eltern. Da steht der Sohn oder das Mädchen des Arbeiters mit gleichen Rechten und Pflichten neben den Kindern des hohen Beamten, des Kaufmanns oder des Großbauern. Sie alle sind die deutsche Jugend, die sich hart macht für den Lebenskampf, der ihnen bevorsteht. Diese Jugend fordert schon heute den Einsatz, sie will nicht absichtslos sein, will nicht geschont werden. So kämpft sie denn in diesen Tagen gegen Hunger und Kälte. Jungen und Mädchen sammeln für das Winterhilfswerk. Wenn ihre Sammelbüchsen klopfern, dann erwarten sie von uns ebenfalls Hilfe. Wir dürfen diese Jugend nicht enttäuschen. Wir wollen ihr ein Vorbild geben, wollen ihr zeigen, daß der Opfergeist, in dem sie erzogen werden, im ganzen Volke lebendig ist. Deshalb muß die Winterhilfswerksammlung der Jugend ein ganz großer Erfolg werden!

Barcelona — Kominternfiliale?
Kürzlich ging durch die Presse des Auslandes die Nachricht, daß der Leiter der Komintern, Dimitroff, nach Barcelona gereist sei, um dort die Möglichkeit einer Verlegung des Büro der Kommunistischen Internationale nach der Hauptstadt Kataloniens zu prüfen. Dieses Vorhaben Moskauer würde in der Linie der Politik des roten Kreml liegen, der ein starkes Interesse an einer Sowjetrepublik Katalonien hat. Zudem würde eine Filiale der Komintern die Tarnung der weltrevolutionären Absichten Moskauer wesentlich erleichtern. Im Laufe des letzten Jahres sind abwechselnd Amsterdam, Antwerpen, London, Paris, Prag als möglicher Sitz der Komintern in Erwägung gezogen, aber schließlich wieder aufgegeben worden. Die Unmöglichkeit eines solchen Waptes wäre zu groß. Bei der Wahl einer neuen europäischen „Sowjetrepublik“ als Kominternresidenz würden diese Bedenken fortfallen, denn auf bolschewistisch beherrschtem Boden würde sich die Komintern der gleichen Sicherheit erfreuen wie in Moskau. Die günstige geographische Lage Kataloniens würde die kommunistische Wühlarbeit in den Randgebieten des Mittelmeeres, vor allem aber in Frankreich wesentlich erleichtern. Die Sowjets verfolgen weiter den Plan, Katalonien auch zu einem militärischen Stützpunkt ersten Ranges auszubauen. Der Sowjetimperialismus würde damit eine ständige Gefahr für den Frieden Europas schaffen. — Die Stunde ist ernst, die Mächte sollten ein wachsames Auge auf Moskau haben. Es ist ihre Pflicht, die verbrecherischen Pläne, die einen Anschlag auf die Kultur Europas bedeuten, zu durchkreuzen, ehe es zu spät ist.

Antwort an Krofta
Der tschechoslowakische Außenminister Krofta hat kürzlich in einer Rede gewissermaßen zur Erklärung des bisherigen Kurzes darauf hingewiesen, daß in der Tschechoslowakei die Tschechen das eigentliche historische Staatsvolk seien und daß der Staat ohne Teilnahme der deutschen Bewohner, ja gegen ihren Willen entstanden sei. Dazu bemerkt die „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“: Auch andere Staaten sind unter ähnlichen Umständen gegründet worden; auch in anderen Ländern, die unmittelbar nach einem Krieg geschaffen wurden, war die Voraussetzung für ihre Gründung eine bestimmte politische Frontstellung, die aber im Laufe der Zeit verschwinden mußte, sollte eine gesunde politische Weiterentwicklung gesichert bleiben. Gerade in dem Staat, der im Westen — ähnlich wie die Tschechoslowakei in ihrem Raum — am Kreuzweg großer Nationen liegt, hat sich diese Wandlung in lehrreicher Weise vollzogen. Der kurzfristige Versuch, nach Waterloo eine gegen den großen südlichen Nachbarn gerichtete Frontstellung auch im Innern dieses Staates sich auswirken zu lassen, scheiterte und führte zum Verfall. Spätere Tendenzen, umgekehrt nun Einflüssen des Südens mehr und mehr das Übergewicht zu verschaffen und die andere Bevölkerungshälfte beiseite zu schieben, zeigten ebenfalls derartige bedenkliche Erscheinungen für die Erhaltung des Staates, daß von weitblickenden Herrschern zur rechten Zeit eine Politik der Gleichberechtigung der beiden Staatsvölker und überhaupt des Gleichgewichts eingeleitet wurde, deren Ergebnis als glänzend und beispielhaft bezeichnet werden kann. Jeder Staat, und vor allem ein Nationalitätenstaat, hat gerade heute die Pflicht, durch entsprechende Politik innere Spannungen zu beseitigen und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß er dort, wo ihn das Schicksal hingeworfen hat, als ausgleichender und nicht als Reibungsfaktor wirkt.

Deutschlands Kolonialproblem

Ausführungen des Reichswirtschaftsministers Dr. Schacht.

Der Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht hat der Zeitschrift „Foreign Affairs“ einen längeren Aufsatz über „Deutschlands Kolonialproblem“ zur Verfügung gestellt, dem wir folgende Ausführungen entnehmen:
Es ist heute so viel davon die Rede, daß Deutschland nach Autarkie strebt; aber man vergißt ganz, daß diese Autarkie längst von Ländern wie Frankreich und Großbritannien verwirklicht wird, ganz zu schweigen von Rußland und USA.
Dr. Schacht gab dann einige Beispiele über die erheblichen Fortschritte der Autarkie des großbritannischen und französischen Weltreichs. Dr. Schacht wies dann darauf hin, daß diesen großen nationalen Wirtschaftsräumen Länder gegenüberstehen, die über beschränkte Raumverhältnisse, aber gleichzeitig über eine große Bevölkerung verfügen und infolgedessen bei der Knappheit ihrer Bodenschätze auf den internationalen Warenaustausch viel härter angewiesen sind. Von den unbefriedigten Mächten ist nach der Ausscheidung Japans und Italiens Deutschland allein übrig geblieben. Solange daher das koloniale Rohstoffproblem für Deutschland nicht gelöst ist, wird Deutschland ein Unruheherd bleiben trotz aller seiner Friedensliebe, die es auf die Hoffnung nicht verzichten läßt, das koloniale Problem auf friedlichem Wege zu lösen.
So gut wie die willkürliche Veränderung der Währungsgrundlage ein politisches Instrument geworden ist, ebenso ist der Besitz von Rohstoffen heute ein politischer Faktor geworden. Man glaubt, durch die Zurückhaltung oder die Zuteilung von Rohstoffen die politische Lage eines politischen Gegners oder Freundes entsprechend beeinflussen zu können.
Ein großes Volk, das sich solcher Gefahr ausgesetzt sieht, wird alle Kräfte anspannen, um ihr zu entgehen. Wer den Frieden will, kann niemals solche Mittel billigen, wie sie die Absperrung großer Nationen von den Naturschätzen der Erde darstellt.

Besonders lächerlich wirkt der Einwurf, den Deutschland so oft auf seine koloniale Forderung hören muß, daß Kolonien und insbesondere seine früheren Kolonien nichts wert seien und daß man ihm gar keinen Gefallen täte, wenn man ihm seine Kolonien zurückgeben würde. Die Gegenfrage liegt auf der Hand:
Wenn die Kolonien so schlecht sind, warum haßt ihr sie jetzt?

Ich habe schon darauf verwiesen, daß vor dem Kriege in der Welt ein freier Handel größtem Ausmaßes herrschte und daß Deutschland einen großen Besitz an Auslandsinvestitionen hatte. Infolgedessen hatte Deutschland es vor dem Kriege nicht nötig, solche Kolonien mit besonderer Eile aufzusuchen. Dennoch ist es ersichtlich, was Deutschland vor dem Kriege aus seinen Kolonien ohne große An-

strengung gemacht hat. Man darf nicht vergessen, daß die deutschen Kolonien durchschnittlich nur um 25 Jahre lang, nämlich seit Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre in Deutschlands Besitz gewesen sind. Wenn Deutschland heute, wo die Welt seinen freien Handel mehr hat, wo Deutschland von Auslandschulden erdrückt wird, wo Rohstoff- und Devisennot es bedrängen, seine Kolonien zurückerbiete, so würde es mit ganz anderer Intensität an die Entwicklung seiner Kolonien herangehen, und einen großen Teil seiner Nahrungsmittel und Rohstoffe, die ihm jetzt fehlen, würde es aus seinen Kolonien gewinnen können.
Ein wenig ist ja die Einsicht hinsichtlich der kolonialen Bedürfnisse Deutschlands gewachsen. Sir Samuel Hoare, hat im September vorigen Jahres vor dem Völkerbund sich für eine neue Verteilung des Zuganges zu den Rohstoffquellen der Welt eingesetzt. Was hinter dieser Formulierung an näheren Vorschlägen und Absichten steckt, ist bisher nicht bekannt geworden. Ich möchte deshalb zwei Bedingungen hier nennen, die für

die Lösung des deutschen Rohstoffproblems unerlässlich sind. Erstens muß Deutschland seine Rohstoffe auf einem Territorium erzeugen können, das unter seiner eigenen Verwaltung steht, und zweitens muß in diesem kolonialen Territorium die deutsche Währung umlaufen.

Alle anderen Fragen, die den äußeren Ausdruck der Souveränität: Militär, Politik, Rechtsprechung, Kirchen, internationale Mitwirkung und dergleichen betreffen, sind diskutierbar. Sie werden alle gelöst werden können unter dem Gesichtspunkt internationaler Zusammenarbeit, solange man der Ehre Deutschlands nichts Unwürdiges zumutet.

Das deutsche koloniale Problem ist kein imperialistisches Problem, kein bloßes Prekäreproblem, sondern einzig und allein ein Problem der wirtschaftlichen Existenz. Aber gerade deshalb wird hiervon die Zukunft des europäischen Friedens abhängen.

Die Ausführungen Dr. Schachts bedeuten, im ganzen gesehen, einen neuen Versuch, die Debatte über diese für das gesamte deutsche Volk entscheidend wichtige Frage nicht verstanden zu lassen. Wir können es nicht dulden, daß man die deutsche Forderung mit billigen, alltäglichen Schlagworten und bequemen Hinweisen auf Welthandel und Weltwirtschaft abtut. Für Deutschland ist, wie der Reichsbankpräsident vor aller Weltöffentlichkeit überzeugend dargelegt hat, die koloniale Frage keine Angelegenheit des Prekären, kein imperialistisches Problem. Zum erstenmal ist in diesem Artikel die beiden grundlegenden Bedingungen festgelegt worden, die Mindestforderungen für eine koloniale Betätigung des deutschen Volkes sind. Hier bietet sich eine Plattform für eine sachliche Aussprache.

17 Tankingdivisionen vor Sianfu.

Die Strafexpedition gegen Tschanghsueliang — Rebellen truppen laufen über.

Die chinesische Zentralregierung in Nanking hat über sämtliche ihr zur Verfügung stehenden Sender eine Mitteilung verbreitet, wonach der Kriegsminister General Hoangtschin mit dem Oberbefehl über die Strafexpedition gegen den verräterischen Marschall Tschanghsueliang beauftragt worden ist und daß bereits 17 Elite-Divisionen der Nanking-Armee um Sianfu, das Hauptquartier Tschanghsueliangs, zusammengezogen worden sind.
Die Regierungstruppen haben nach kurzem Kampf den Ort Sienjong, 25 Kilometer nordwestlich von Sianfu, besetzt. Die Aufständischen leisteten nur geringen Widerstand und traten den Rückzug an, als Verstärkungen für die Regierungstruppen heranzogen. Aus der Provinz Kansu, und zwar aus dem nördlichen Teil, hat Tschanghsueliang die 110., 120. und die 112. Division zur Unterstützung herbeigeholt. Der Anführer der 105. und 106. Division, die vom Norden zu Hilfe kommen sollten, ist mit seinen Truppen auf die Seite der Regierungssoldaten übergetreten. Wie weiter bekannt wird, haben die Reuterer Tschanghsueliangs auf der Strecke Tschanghsuan—Sianfu die Bahngleise aufgerissen und zahlreiche Brücken vernichtet.

Einer Nachricht aus Nanking zufolge hat der Befriedigungskommissar von Fuzien, Tschiangtingwen, der zusammen mit dem Generalissimus in die Hände der Aufständischen gefallen ist, in einem Telegramm aus Sianfu mitgeteilt, daß er von Tschanghsueliang auf freien Fuß gesetzt worden ist und sofort

mit einem Brief Tschiangtschichs im Flugzeug nach Nanking abreifen werde. Aus allen Meldungen geht nicht mit restloser Klarheit hervor, welche Absichten die Nanking-Regierung bei ihren Maßnahmen zur Lösung der Krise leitet. Soviel scheint festzustehen, daß die Nanking-Regierung trotz der angekündigten Strafexpedition die friedlichen Verhandlungen mit dem ausländischen Marschall Tschanghsueliang noch nicht ganz aufgegeben hat.

Tschiangtschich wolauf.
DAB. Berlin, 17. Dezember. Der australische Journalist Donald, einer der vertrautesten Ratgeber des Marschalls Tschiangtschich, hat, wie die chinesische Botschaft mitteilt, am Donnerstag von Sianfu aus der Zentralregierung in Nanking zum zweitenmal telegraphisch mitgeteilt, daß Marschall Tschiangtschich sich in Sianfu wolauf befindet. Außerdem teilte er mit, daß er sich mit dem Marschall in dessen jetziger Wohnung aufhält.
Die Stärke der Nanking-Truppen um Sianfu beträgt jetzt 17 Divisionen mit über 200 Bomben- und Jagdflugzeugen.

Am Freitag, Sonnabend und Sonntag sammelte die HJ. und der NSDAP für das WGH. Am Sonnabend nachmittag sammelten gleichzeitig die Mitglieder des NSD. Jeder Volksgenosse trägt bei der dritten Reichstrahnenparade in die Erzgebirge bestellten weihnachtlichen Holzfiguren!